

Ingo Schmidt

Russischer Krieg im amerikanischen Weltsystem

Die NATO ist hirntot, erklärte der französische Präsident Macron vor ein paar Jahren. Die EU müsse in der Sicherheitspolitik eigenständiger handeln. Derweil forderte sein amerikanischer Amtskollege Trump die deutsche Regierung auf, endlich ihren NATO-Verpflichtungen nachzukommen. Die deutschen Rüstungsausgaben wurden danach erhöht, blieben aber weiter unter dem Mindestwert von zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine ist alles anders. Die Reihen der Nato sind fest geschlossen. Über den Krieg in der Ukraine hinaus versprechen die Regierungen der Mitgliedsländer mehr militärisches Engagement. Der Moment der Einheit wird nicht von Dauer sein. Die zentrifugalen Kräfte, die den Zusammenhalt der NATO-Mitglieder über Jahre ausgehöhlt und Misstrauen der Bevölkerung gegenüber ihren Regierungen, wenn nicht gar ‚dem System‘, erzeugt haben, werden durch den Krieg verstärkt. Es sind die gleichen Kräfte, die den russischen Präsidenten Putin zum Angriff auf die Ukraine getrieben haben. Aus einer Position der Schwäche, nicht der Stärke.

Ausgangsbedingungen

Politisch ist Russland ein Riese. Aufgrund seiner Atomwaffen. Ein Erbe aus Sowjetzeiten, das schwer auf dem Land lastet. Denn wirtschaftlich ist Russland ein Zwerg. 4,3 Prozent des russischen Bruttoinlandsproduktes fließen in die Rüstung. Das sind 3,1 Prozent der globalen Rüstungsausgaben. Deutschland gab für seinen Anteil von 2,7 Prozent im letzten Jahre nur 1,4 Prozent des BIP aus. Britannien schafft den russischen Anteil an den globalen Rüstungsausgaben mit 2,7 Prozent seines BIP. China bringt es mit 1,7 Prozent des BIP auf 13 Prozent der globalen Ausgaben. Die US-Werte: 3,7 Prozent des BIP, 39 Prozent der globalen Rüstungsausgaben.

Das russische Militär ruht auf schwacher ökonomischer Grundlage. Gesamtwirtschaftlich fallen auch die Rüstungsexporte, nach den USA ist Russland der zweitgrößte Waffenlieferant der Welt, kaum ins Gewicht. In erster Linie ist Russland Exporteur von Öl, Gas, Kohle, Weizen und verschiedener Mineralien. Ähnlich den Potentaten anderer Länder, die von Rohstoff- und Agrarexporten abhängen, schaffen die russischen Oligarchen ihre Gewinne ins Ausland. Als privates Vermögen, nicht zur Stärkung russischer Konzerne im Ausland. Gazprom, Russland's Nr. 1, bringt es gerade mal auf Platz 84 der globalen Konzernliste. Unter den Top 50: 23 US-Konzerne, 13 aus China, je zwei auf Deutschland, Japan und Britannien.

Ganz klar: In Sachen militärischer und wirtschaftlicher Größe sind die USA die globale Nr. 1. Trotzdem ist ihr Modell globaler Herrschaft in Gefahr. Unter dem Druck militanter Arbeiterkämpfe und ausländischer Konkurrenz hatten sich US-Firmen seit den 1980er Jahren zunehmend aus der industriellen Fertigung zurückgezogen. Nachdem Klassenkämpfe daheim und ausländische Konkurrenz den Wettbewerbsvorteil amerikanischer Fabriken, und damit eine bis dahin tragende Säule amerikanischer Vorherrschaft, zerstört hatten, wurde diese Herrschaft auf anderer Grundlage wiederhergestellt. Juristische und technologische Standards sowie Managementpraktiken Made in USA lieferten fortan den organisatorischen Rahmen globaler Lieferketten, die von der US Army mit ihrem globalen Netz an Stützpunkten abgesichert wurden. Unternehmen aus aller Welt waren eingeladen, sich in das globale Produktions- und Logistikmodell einzuklinken. Sofern sie die Geschäftsbedingungen akzeptierten: Technologische Renten fließen in

die USA, die sich darüber hinaus unbegrenzt in Dollar gegenüber ihren Handelspartnern verschulden dürfen. Ein klarer Standortvorteil für die USA.

Trotzdem ließen sich viele westeuropäische und japanische Unternehmen auf den Deal ein. Die Aussicht, Gewerkschaften und Sozialstaat im eigenen Land zu umgehen und billige Arbeitskraft anderswo zu beschäftigen, war zu verlockend. Die damit verbundenen Profithoffnungen haben sich vollauf erfüllt. Mit Nebenwirkungen: Einige Billiglohn-länder wurden, wenn schon nicht zu kapitalistischen Zentren, so doch zu ernsthafter wirtschaftlicher Konkurrenz für die Zentren: Die asiatischen ‚Tigerstaaten‘, Regionalmächte wie Brasilien, Indien und Südafrika.

Und dann das chinesische Hybridmodell aus Manchesterkapitalismus und Staatssozialismus. Die Hoffnung der USA und ihrer NATO-Partner, die Einbindung Chinas in globale Produktions- und Logistiknetzwerke werde das Land zu einem Kapitalismus pur machen, haben sich nicht erfüllt. Bislang konnte das Regime in Beijing den Widerspruch zwischen Chinas Rolle als Fabrik der kapitalistischen Welt und antisystemischer Herausforderung in einer Art ‚friedlicher Koexistenz in einem Land‘ austarieren.

Gleichzeitig haben die USA China zur größten politischen Herausforderung erklärt, eine Rolle die sie fast zwei Jahrzehnten Taliban & Co. zugeschrieben hatten. In Sachen Handel beschränken sie sich aber bislang auf eher symbolische Sanktionen und klagen laut über jede Unterbrechung transpazifischer Lieferketten. Solange beide Seiten den Abbruch ihrer Wirtschaftsbeziehungen und militärische Konfrontation vermeiden wollen, sind China und die USA zur antagonistischen Kooperation verdammt. Nicht das Verhältnis der USA zur EU, nicht die Spannungen zwischen NATO und Russland, sondern die transpazifischen Beziehungen bestimmen die Weltpolitik. Der russische Angriff auf die Ukraine bot den USA eine willkommene Gelegenheit, die EU an sich zu binden, obwohl Europa in globaler Perspektive nur noch eine untergeordnete Rolle spielt. Den Regierenden der EU-Mitgliedsstaaten ist die wiedergefundene Einheit mit den USA nach Euro-Krise und Brexit nur recht. Wie die vor wenigen Jahren für hirntot erklärte NATO, hat auch die EU durch den Krieg in der Ukraine eine neue Aufgabe gefunden.

Preise und Märkte

Vorübergehend wenigstens. Die Erschöpfung amerikanischer Macht lag schon vor dem Krieg in der Ukraine schwer auf Weltwirtschaft und -politik. Der Rückzug aus Afghanistan, der selbst für die Verbündeten der USA aus heiterem Himmel kam, bestätigte ein weiteres Mal, was schon der Krieg gegen den Irak gezeigt hatte: Die US Army kann zu Feinden erklärte Regimes aus dem Amt jagen, ihre Anführer ermorden, aber weder Armee noch zivile Organisationen können wohlgesonnene Regimes etablieren, die sich ohne dauernde Unterstützung durch die USA oder ihre Verbündeten an der Macht halten können. Wie schon der Vietnam-Krieg waren auch alle nachfolgenden Kriege der USA ein tolles Geschäft für die Rüstungsindustrie, haben aber zugleich deutlich gemacht, dass militärische Zerstörungskraft nicht mit politischer Gestaltungskraft verbunden war.

Diese Kriege haben auch keine neuen Märkte eröffnet. Irak, Jugoslawien und Afghanistan waren bereits Teil des kapitalistischen Weltmarktes als sie angegriffen wurden. Wenn sich dort nur begrenzte Geschäftsmöglichkeiten boten, lag das an ihrer mehr oder weniger peripheren Stellung, nicht daran, das Hussein, Milosevic oder die Taliban Privateigentum und Handel ablehnten. Trotz erheblicher Rüstungsausgaben, mehr als drei Prozent des BIP sind kein Pappenstiel, gab es in den USA keine Rüstungskonjunktur wie im Zweiten Weltkrieg oder den ersten Jahrzehnten des Kalten Krieges.

Gesamtwirtschaftlich waren die US-Kriege ein schlechtes Geschäft. In nicht unerheblichem Maße haben sie zur steigenden Staats- und Auslandsschulden der USA beigetragen.

Dazu kommt die private Haushaltsverschuldung. Über Jahrzehnte haben billige Kredite den Konsum trotz stagnierender Masseneinkommen am Laufen gehalten und, da Schuldtitle an Börsen wie Vermögen gehandelt wurden, zu Finanzblase und schließlich Finanzkrise beigetragen. Danach musste die Zentralbank für noch billigeres Geld sorgen, um eine Depression zu verhindern. Dass der Dollar immer noch als Reservewährung dient, liegt nicht am Vertrauen der Anleger in den Dollar, sondern daran, dass Chinesen wie Europäer das Risiko scheuen, Renminbi oder Euro als Alternativen an den Start zu bringen. Das Einfrieren afghanischer und russischer Währungsreserven durch die US-Regierung wird das Vertrauen in den Dollar weiter schwächen. Unabhängig davon wie Regierungen, die ihre Reserven irgendwo anlegen müssen, zu den Machthabern in Kabul oder Moskau stehen.

Ein unter Schulden und Spekulation ächzendes, weiterhin Dollar-zentriertes Finanzsystem hat schon gegen Ende der Corona-Rezession im Frühsommer 2020 zur Spekulation auf einen Aufschwung geführt. Der Aufschwung blieb in immer neuen Corona-Wellen stecken bis der Ukraine-Krieg Investitions- und Konsumlust privater Unternehmen und Haushalte noch weiter eingetrübt hat. Aber die Spekulation ist geblieben – auf den Rohstoff- und Agrarmärkten.

Von dort ist sie auf die Gütermärkte übergesprungen. Steigende Inflationsraten haben zu einem bitteren Streit der wirtschaftspolitischen Eliten geführt, ob sie die Inflation als kleineres Übel hinnehmen oder durch Einschränkung des Geldangebotes zurückdrängen sollen. Wissend, dass eine ohnehin schon schwächernde Konjunktur damit vollends abgewürgt würde. Werden die in vielen Ländern angekündigten Erhöhungen der Rüstungsausgaben umgesetzt, werden Haushalte am unteren Ende der Einkommenspyramide, genau diejenigen, deren Kaufkraft schon von der Inflation angefressen wurde, auf Butter verzichten müssen. Für mehr Kanonen.

Noch härter trifft es die Armen in den Peripherieländern. Die Preise für Grundnahrungsmittel sind schon vor dem russischen Angriff gestiegen, danach hat die Ukraine einen Exportstopp für Weizen verhängt, der insbesondere in Nordafrika zu Versorgungsgängen führen wird. Dort geht es nicht um die Butter, sondern ums Brot.

In Sachen Energie drängen sich die USA geradezu als Ersatzlieferant auf, beweisen damit aber weniger Führungsstärke denn Verzweiflung. Die russischen Gasreserven reichen für 77 Jahre, die der USA für 14. Ein weiteres Zeichen der Schwäche: Bei allem Sanktionsgedröhne gegenüber russischem Öl und Gas hat die US-Regierung den Import russischen Urans aus Ermangelung anderer Quellen von den Sanktionen ausgenommen.